

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/41. Jahrgang

Mai 2010

Schutzgebühr: 0.30 E

Kampftag der Arbeiterklasse

Im April wurde das Verfahren gegen Oberst Klein eingestellt - das ist derjenige, der das Massaker in Kunduz mit 140 meist zivilen Toten im Herbst letzten Jahres zu verantworten hat. Daß dies just am 20. April, dem Geburtstag von Hitler geschah, mag Zufall sein, ist aber auch symptomatisch.

Denn die Ziele, für die Deutschland am Hindukusch töten und sterben läßt, sind die gleichen, die ausschlaggebend für den Überfall Hitlers auf Europa waren: die Durchsetzung der Interessen des deutschen Kapitals. Es geht nicht um die Verteidigung der „Freiheit“ oder um einen Kampf gegen den Terrorismus. Es geht um knallharte wirtschaftliche Interessen, um die Teilhabe an der dauerhaften Besetzung dieses geostrategisch wichtigen Landes. Erinnern wir uns: dieser Krieg war lange vor dem 11.9.2001 von den USA beschlossene Sache, und es war Gerhard Schröder, der vor Beginn des Kriegs nach Washington reiste und dort um die deutsche Beteiligung nachsuchte –

die Amis hatten das ursprünglich gar nicht gewollt. Daran hält auch Kriegskanzlerin Merkel fest, obwohl inzwischen 70% der Bevölkerung den Afghanistan-Krieg ablehnen und den Abzug der Bundeswehr fordern. Den soll es aber erst dann geben, wenn die afghanischen Marionetten in der Lage sind, die Interessen der derzeitigen Besatzer selbst zu gewährleisten – egal wie viele Menschen sich gegen den Krieg aussprechen mögen.

Vorrang für Kapitalinteressen
Kapitalinteressen haben überall Vorrang; das sehen wir an den Milliarden,



John Heartfield: Krieg und Leichen - die letzte Hoffnung der Reichen



die den Banken und Konzernen nachgeschmissen werden; das sehen wir an dem unermeßlichen Reichtum auf der einen und an der zunehmenden Verelendung auf der anderen Seite. Krieg und Sozialabbau sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeiterklasse, von der Arbeiterbewegung erkämpft. Es ist der Tag, der auffordert zum Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Es ist der Tag, der uns alle auffordert, den von den Lohnabhängigen erarbeitenden Reichtum nicht der privaten Aneignung durch einige wenige Kapitalisten zu überlassen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Galeria Kaufhof: Mehr arbeiten für lau?

42-Stunden-Woche statt der tariflichen 37,5 Stunden pro Woche sollen zukünftig die Beschäftigten bei Kaufhof arbeiten. Angeblich braucht Kaufhof diese 4,5 Stunden, die nicht bezahlt werden sollen, um das Unternehmen für Investoren attraktiv zu machen. - Verdi hält nichts von unbezahlten Mehrstunden, denn dies führt zu weiterem Personalabbau. Schon jetzt sind die Filialen von Kaufhof personell unterbesetzt und eine Verlängerung von Arbeitszeiten bedeutet eine Kürzung der Stundenlöhne. Deshalb: Hände weg von unbezahlter Mehrarbeit und verdi sieht das genauso! Einhaltung der Tarifverträge! Helmut Appel

Inhalt:

8. Mai - Tag der Befreiung	S.2
Landesgartenschau/Brandanschlag	S.3
Lebenshilfe/Chaos-Hilfe	S.4
Töten normal//befristete Beschäftigung	S.5
Kohlekraftwerke/Watschen	S.6
Leserbriefe/DKP-Wahl/Termine	S.7
Alles Kommunisten	S.8

Für Frieden und Sozialismus! 

8. Mai – Tag der Befreiung

Es war Richard von Weizsäcker, der 1985 – 40 Jahre nach Kriegsende – als erster deutscher Bundespräsident den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ würdigte. Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg, das war 1945 die vorherrschende Losung. Für viele Deutsche jedoch blieb es der Tag der Niederlage oder des Kriegsendes. Heute ist, was früher undenkbar schien, Deutschland wieder aufstrebende Kriegsmacht, und auch der Umgang mit dem Faschismus ändert sich. In allen Medien wird gleichgeschaltet die Totalitarismus-Doktrin, die Gleichsetzung von Faschisten (den Tätern) und Kommunisten (den Opfern der faschistischen Barbarei) verkündet. Faschismus wird auf seinen Antisemitismus reduziert und nicht mehr als das betrachtet, was er ist: eine kapitalistische Herrschaftsform, auf die zurückgegriffen wird, wenn die Kapitalinteressen es erfordern. Faschismus wird verschleiern als eine Form von Diktatur dargestellt, von der die BRD, „der demokratische und soziale Rechtsstaat“, meilenweit entfernt sei.

Es muß jedoch klar gemacht werden, daß mit den Notstands- und „Sicherheitsgesetzen“, mit Überwachungsstaat und dem geplanten Bundeswehreinsetzung im Innern (auch bei Streiks!) wesentliche Grundlagen für eine faschistische Herrschaftsform (die

heute nicht notwendig ist) in Deutschland gegeben sind.

Auch die Rechtsentwicklung in einigen europäischen Ländern ist besorgniserregend. Vor Jahren noch war ein Aufschrei erfolgt, weil Kurt Waldheim als Präsidentschafts-Kandidat seine Mitgliedschaft in der SA verheimlicht hatte. Heute herrscht weitgehend Schweigen, wenn in Italien eine Regierung mit offenen Rassisten und Faschisten gebildet wird, wenn in Ungarn die offen antisemitische „Jobbik“ fast 20% der Stimmen erhält. Ähnliche Tendenzen gibt es in den Niederlanden und Tschechien; und beim Tod des ebenso offen antisemitischen polnischen Präsidenten wird auch in Deutschland Staatstrauer angeordnet.

Im „Capital“, der Hauspostille des deutschen Kapitals, war schon Mitte der 90er Jahre zu lesen: „Nach dem Scheitern des Kommunismus und der an-

"Fragen an die Birthler-Behörde"

Frage: Die Staatsverschuldung der BRD beträgt inzwischen 1,7 Billionen Euro (pro Kopf mehr als 20.000 Euro); muß man da nicht befürchten, daß auch die BRD - wie die DDR - pleite geht?

Antwort: Im Prinzip ja, da bei der DDR 1989 bereits eine Staatsverschuldung von 20 Milliarden Valutamark (pro Kopf 5298 Mark der DDR) ausreichte, um den Staat zu ruinieren. In der demokratischen BRD dagegen kann jederzeit ausreichend Geld gedruckt werden.

scheinend wachsenden Funktionschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine der Möglichkeiten der Politik... Die Mahnung von Brecht scheint heute notwendiger denn je: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“

Erika Beltz



(Fortsetzung von Seite 1)

1. Mai - Kampftag

Der 1. Mai ist ebenso Tag der Erwerbslosen, also jener Menschen, die Opfer dieses Systems sind. Auf einer Tagung des Sozialforums wurde von erschöpften Familien gesprochen. Gut gemeint. Als Kommunisten sagen wir: diese Menschen werden durch das kapitalistische Ausbeutersystem kaputt gemacht. Ihnen wird für Nahrung und Kleidung kaum Geld gelassen, sie werden von Bildung und Kultur ferngehalten und zudem als Schmarotzer und Asoziale beschimpft. Dagegen gilt es zu kämpfen und die wahren Asozialen an den Pranger zu stellen: die Ausbeuter und ihre Handlanger in der Politik, die Korrupten in Politik und den Verbänden.

Da wird erzählt, die Hartz-IV-Empfänger bekämen zu viel. Nicht Hartz IV ist

zu hoch, sondern der Lohn zu niedrig! Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muß rückgängig gemacht werden. Wir fordern: Arbeitslosengeld für die Dauer der Erwerbslosigkeit und 10 Euro Mindestlohn, Einführung der 30-Stunden-Woche und als Sofortmaßnahme 500 Euro Eckregelsatz. Wir bleiben dabei! Hartz IV muß weg!

Auch heute könnte durch eine andere Steuergesetzgebung dafür gesorgt werden, dass genug Geld für notwendigen Aufgaben, Bildung, Gesundheitswesen, Sport und Kultur vorhanden ist und dass alle Menschen anständig leben können. Das aber wird verhindert von der Koalition aus Kapital und Kabinett, wobei es gleich ist, welches Kabinett gerade dem Kapital zu Diensten ist. Wenn es in Deutschland eine Besteuerung wie in Frank-

reich gäbe, wären das alleine 66 Milliarden Euro mehr. Eine andere Steuerpolitik bekommen wir nicht geschenkt, sie muß erkämpft werden. Dies allerdings erfordert andere Machtverhältnisse.

Gekämpft wurde nicht bei den letzten Lohnabschlüssen. Kaum waren die Kollegen im öffentlichen Dienst zum Streik bereit, wurde unzureichend abgeschlossen. Die IG Metall ging noch zurückhaltender mit den Kapitalisten um. Lohnverzicht zum Erhalt von Arbeitsplätzen hat noch nie funktioniert und wird nicht funktionieren.

Deswegen nun aus der Gewerkschaft auszutreten, halten wir Kommunisten für falsch. Ohne Gewerkschaften sähe die Lage weit dramatischer aus. Wir können nur sagen: Stärkt die Gewerkschaften, werdet Mitglied in den DGB-Gewerkschaften. Michael Beltz

Millionengrab Landesgartenschau: Magistrat brüskiert Sportler

Am 12. Mai findet im Stadtparlament die Abstimmung über die Auftragsvergabe zur Landesgartenschau 2014 statt. Zur Vorbereitung läuft die Propagandamaschine der Befürworter auf Hochtouren. Eine Initiative mit dem lächerlichen Namen „Gärtnerpflichten“ führt Veranstaltungen mit dem ebenso lächerlichen Titel „Rollrasenexpeditionen“ durch – auf denen sich allerdings viele Teilnehmer kritisch zu dem Vorhaben äußern. Der Förderverein Landesgartenschau wirbt Mitglieder unter Gießens Besserverdienenden und schaltet teure Zeitungsanzeigen, in denen mehr oder weniger prominente Gießener bekunden, warum sie sich auf die Gartenschau freuen. Die genannten Gründe sind meistens ziemlich banal oder könnten auch ohne die teure Mammutveranstaltung realisiert werden. Die ehrlichste Aussage wäre: Ich freue mich auf die Landesgartenschau, weil wir die weniger zahlungskräftigen Gießener aus

der Wieseckau aussperren können und dort dann unter uns sind.

Während einerseits für die Schau geworben wird, provoziert die Magistratsmehrheit die Opfer des Vorhabens, vor allem den Sportverein Blau-Weiß und die Schulsportler, die den Platz in der Wieseckau mitbenutzen. Der von einer kompetenten Arbeitsgruppe erarbeitete Vorschlag zum Verbleib des Fußballplatzes auf dem jetzigen Gelände wurde von der Schwarz/Grün/Gelben Mehrheit verworfen. Die Betroffenen gehören nicht zu ihrem Klientel, also weg mit diesem Störfaktor. Ob sie damit auf Dauer durchkommen, ist eine andere Frage.

Die Landesgartenschau soll etwas mehr als 20 Mio. Euro kosten – erfahrungsgemäß werden daraus dann real etwa 30 Mio. Da die Stadt keinerlei Rücklagen sondern nur Schulden hat, muß dieser Betrag komplett geliehen werden, bis auf einen Zuschuß von 3,3 Mio. vom Land

Hessen. Zinsen und Tilgungen werden auf Jahrzehnte Gießens Bürger belasten, sie werden noch fällig, wenn sich kaum noch einer an die Veranstaltung erinnert. Mit Gebührenerhöhungen und Kürzung von kommunalen Leistungen werden wir die Schau bezahlen.

Eine Gartenschau könnte sinnvoll sein, wenn dafür ein vernachlässigtes Gelände hergerichtet und für Nutzer attraktiv gemacht wird. Hier aber wird ein funktionierendes Naherholungsgebiet, das täglich von Tausenden Besuchern genutzt wird, diesen wieder entzogen. Früher prägten mal Verbotsschilder den neu angelegten Park in der Wieseckau, Betreten, Ballspiele, Lagern, ..., alles verboten. Nach und nach wurde das Gelände von den Gießenern in Besitz genommen – und wie bisherige Umfragen in der Stadt gezeigt haben, wollen sie es sich auch nicht wieder nehmen lassen.

Gernot Linhart



*Früher, da gab 's noch keine Grün-Gelbe-Mitte,
da verteilte Professor Fischer noch persönlich Tritte,
doch die Blumenkinder, wer konnt' das ahnen,
gingen den Weg aller Bananen:
Heute grün und morgen gelb und übermorgen schwarz....*

Polizei bleibt auf dem rechten Auge „kurzsichtig“

Am 05.03.2010 verübten „Unbekannte“ einen Brandanschlag auf das Haus eines bekannten Wetzlarer bürgerlichen Antifaschisten. Polizei und Staatsanwaltschaft wollten damals „ergebnisoffen“ ermitteln, was sie in solchen Fällen von organisierter rechter Gewalt häufig tun. Da ist schnell von „verwirrten“ Einzeltätern die Rede, und es wird nach Tatmotiven im persönlichen Umfeld der Opfer gesucht. Hier konnten die staatlichen Stellen diese Taktik nicht verfolgen. Es traf diesmal einen bekannten Mitarbeiter der katholischen Kirche. Der Druck auf die Ermittlungsbehörden war entsprechend groß und führte u.a. zur Bildung einer 20köpfigen Sonderkommission. Am 14.04. nahm die Polizei fünf Personen aus dem Umfeld der neofaschistischen „Autonomen Nationalisten Wetzlar“ fest. Einer wurde wieder freigelassen, vier sitzen in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen „versuchten Mord und schwere Brandstiftung“ vor. So erfreulich diese Verhaftungen auch sein mögen, so bleibt festzuhalten, dass an dem grundsätzlichen Umgang des

Staates mit faschistischen Gewalttaten sich nichts geändert hat. Nach dem feigen Brandanschlag kam es zu großer Solidarisierung und einer Demonstration mit 1000 Teilnehmern in Wetzlar. Aber auffällig war hier die Taktik der Polizei. Bekannte Neofaschisten aus Wetzlar und Siegen versuchten sich unter die Demonstranten zu mischen, wobei die Polizei nur sehr halbherzig reagierte. Erst als Antifaschisten die Personen zur Rede stellten, reagierte die Polizei mit Platzverweisen. Diese wurden aber, im Gegensatz zu mancher antifaschistischen Demonstration, nicht besonders nachdrücklich durchgesetzt. Anders ihr Vorgehen gegen Antifaschisten: ein junger Antifaschist, der mit anderen sich am 7. November 2009 den Nazis in den Weg gestellt und ihren Aufmarsch verhindert hatte, wurde jetzt wegen "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" zu 20 Sozialstunden verurteilt. Für Wetzlar könnten diese Ereignisse zumindest bedeuten, dass die „Autonomen Nationalisten Wetzlar“ für längere Zeit von der Bildfläche verschwinden dürften.

Henning Mächerle



Watschen

Gott sei Dank, würde ich sagen, wenn ich nicht Atheist wäre. Gott sei Dank, daß mich die Caritas nie als Sozialpädagoge eingestellt hat. Denn wenn Bischof Mixa nach hartnäckigem Leugnen nun erinnert, er habe vor 20, 30 Jahre wohl ab und an eine Watschen verteilt und das sei damals üblich gewesen, so stelle ich fest, daß ich die „Watschen“ bereits damals abgelehnt habe, anscheinend im Gegensatz zu allen katholischen Einrichtungen sozialpädagogischer Art. Jedenfalls höre ich keinen Aufschrei aus diesen Einrichtungen, daß Mixa nicht Recht habe, sondern nur sein Schlagen und wohl auch Prügeln Schutzbefohlener verteidigen will. Also all ihr Erzieher und Sozialpädagogen die vor 20, 30 Jahren in katholischen Einrichtungen gearbeitet habt, wie steht's mit Mixas Wahrheit, gehörte die „Watschen“ zu Euren Erziehungsmethoden?

H.R.

Pressemeldung des Erwerbslosen Forum Deutschland vom 21.04.2010

„Chaos-Hilfe“

„Nun sind gesetzliche Grundlagen zur verfassungsmäßigen Legitimation der Chaos-Hilfe aus einer Hand und die endgültige Zementierung von Erwerbslosen erster und zweiter Klasse gelegt worden“, so Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland. Die Ausweitung der Optionskommunen betrachtet die Initiative als einen gefährlichen Rückschritt in alte Sozialhilfestrukturen und kommunalen Eigeninteressen zu Lasten der Betroffenen.

„Mit Sorge betrachten wir die Entwicklungen bei jungen Menschen, die zukünftig noch mehr von den Hartz IV-Behörden kontrolliert und erzogen werden sollen. Die Probleme mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsplätze oder das Versagen des Schulsystems wird nicht als gesellschaftliches Problem betrachtet, sondern als selbst von jungen Menschen verursacht angesehen, dem nur mittels Zwangsarbeit und sich ins Privatleben einmischende Coaches beigegeben werden kann. Wer nicht spurt, der wird ausgehungert (Leistungskürzung) bis er sich dem Willen der Behörde anpasst. Hier hätte es die Bundesregierung in der Hand, endlich unser verheerendes Schulsystem zu reformieren und ein Recht auf Ausbildung zu verankern.“



Lebenshilfe will aus TVöD aussteigen

Die Weltwirtschaftskrise kommt immer weiter unten an. Während die ersten BürgerInnen schon wieder damit begonnen haben, sich einigermäßen entspannt auf ihrer Couch zurück zu lehnen und sich der Hoffnung, sprich Illusion hinzugeben, die Krise sei gemeistert, sprechen die Fakten eine andere Sprache. Gerade den sozialen Bereich erwarten Einsparungswellen, die die Gefahr des Ertrinkens provozieren werden.

So ist es kein Wunder, wenn Vorstände und Geschäftsführungen, wie beispielsweise die von der Lebenshilfe Gießen e. V. vorsorglich nach Wegen suchen, die Personalkosten für die Zukunft auf einem kalkulierbaren Niveau zu halten. Konflikte mit dem Betriebsrat und der Belegschaft sind dadurch vorprogrammiert. Nun hat der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) selbst schon dafür gesorgt, dass Gehälter massiv abgesenkt wurden, aber er ist und bleibt ein Tarifvertrag, der die Gehaltsstrukturen incl. Stufenaufstiege, d. h. Gehaltsaufstiege

regelt und der viele wichtige Fragen des Arbeitsverhältnisses, wie Urlaubstage oder Zeitzuschläge regelt.

Sich davon zu verabschieden kann im Normalfall nur eine Verschlechterung für die Beschäftigten bedeuten. Zumindest hat der Vorstand der Lebenshilfe Gießen e. V. erklärt, „dadurch keinen Cent sparen zu wollen.“

Der Betriebsrat konnte inzwischen erreichen, dass die Einführung dieses neuen Vergütungssystems gestoppt worden ist. Da es sich um eine unternehmerische Entscheidung handelt und die Lebenshilfe nicht tarifgebunden ist, kann der Betriebsrat gegen das Vorhaben an sich nichts unternehmen.

Da neue Lohngrundsätze aber Mitbestimmungsrechte berühren, hat Vorstand und Geschäftsführung mit dem Betriebsrat zu verhandeln und mit ihm eine Einigung zu erzielen. Dies soll 2010 erfolgen. Der Betriebsrat wartet jetzt auf den ersten schriftlichen Vorschlag des Vorstands.

Herwig Selzer

**Liebe Leserinnen und Leser,
wir bitten um Überweisung
der Abo-Gebühren für 2010 -
und um Spenden.**

**Gießener Echo
Konto Nr. 193070, BLZ
51350025, Sparkasse Gießen
Jeder Euro ist willkommen**

Töten und Sterben - die neue deutsche Normalität

Alles das, was wir nach dem letzten Krieg für alle Zeiten ausgerottet glaubten, ist wieder da. Seit 1992 stehen deutsche Soldaten ohne Unterbrechung in weltweiten Militäreinsätzen. Nach der Annexion der DDR schuf die herrschende Politik Schritt für Schritt eine neue „Normalität“: Sanitätssoldaten in Kambodscha im Jahre 1992, Feldlager in Somalia 1993, Beteiligung an der Nato-Truppe in Bosnien-Herzegowina 1995. Im Jahr 1999 waren deutsche Militärs wieder da, wo sie hin wollten: Zum dritten Mal in einem Jahrhundert warfen deutsche Flieger Bomben auf Serbien. „Serbien muss sterben!“, hatten bereits im ersten Weltkrieg deutsche Hurra-Patrioten gebrüllt, im zweiten dienten die Luftangriffe auf Belgrad dem Aufmarsch für den Naziüberfall auf die Sowjetunion. Nachdem Deutschland 1991 durch die Anerkennung der Selbständigkeit Kroatiens und Sloweniens eine Vorreiterrolle bei der Zerschlagung Jugoslawiens gespielt hatte, warfen deutsche Tornados Bomben auf Serbien. Das geschah bereits unter Bruch von Verfassung und Völkerrecht. Damit qualifizierte sich Deutschland als Spießgeselle bei der US-Aggression gegen Afghanistan. Wir wissen heute, dass dieser Angriff lange vor dem 11. September 2001 geplant war. Das deutsche Grundgesetz, das von „Streitkräften zur Verteidigung“ spricht, meint keineswegs die „Verteidigung am Hindukusch“, die

der frühere Kriegsminister Struck proklamiert hat. Bei Einfügung des Artikels 87a zur Schaffung von Streitkräften im Jahre 1956 wussten noch zu viele Menschen aus leidvoller Erfahrung, wie das ausgegangen war, als Deutschland in Stalingrad an der Wolga verteidigt worden war.

Die Wiederaufrüstung nach den Schrecken des Weltkrieges wurde vom Anbeginn durch Lügen betrieben. Erst log Adenauer vor dem Bundestag im Brustton der Überzeugung, er habe den USA niemals deutsche Soldaten angeboten. Dann wurden wir beruhigt, die Bundeswehr diene ja nur der Abschreckung möglicher Gegner, damit niemals wieder ein Schuss falle. Das erzählte man einer durch Erfahrung kriegsmüden Nation. Jetzt, da man Angriffskriege in aller Welt führt, holt man all das verlogene und kitschige Brimborium aus der militärischen Mottenkiste: Ehrenmale und Tapferkeitsbleche für tote Helden. Um die steigende Zahl der Selbsttötungen und traumatisierten Soldaten braucht man sich nur wenig zu kümmern, sie sind ja keine Helden. Ebenfalls sind natürlich keine Helden die zehnjährigen Kinder, die auf deutschen Befehl in Kunduz zu Tode bombardiert wurden. Was ist mit den verbündeten Afghanen, die mit den deutschen Soldaten unter demselben Befehl kämpften, aber irrtümlich von diesen getötet wurden? Die Zahl der toten



Probexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, tel 0201-2486482,

E-mail: UZAbo@t-online.de

www.unsere-zeit.de

Helden steigt und wird mit der politisch gewollten Eskalation des Krieges weiter steigen. Die Ablehnung des Krieges durch die Mehrzahl des Volkes soll im Meer der Lügen ertränkt werden. Die Heldentransporte in flaggenbedeckten Särgen sollen zu unserer Normalität werden.

In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde von den USA gegen das Volk von Vietnam ein Krieg mit chemischen und Biowaffen, mit Brandgas und Dioxin geführt. Uns wurde gesagt, die Freiheit Berlins würde in Saigon verteidigt. Die Standhaftigkeit der Vietnamesen und die weltweiten Proteste führten zum Ende des Krieges und zum Abzug der US-Amerikaner aus Vietnam. Wo bleibt heute der Aufschrei all derer, die sich nicht daran gewöhnen wollen, dass immer mehr Helden für störungsfreie Öl- und Gaspipelines sterben? Klaus Mewes

Lebensplanung unerwünscht

Zunehmend schwieriger wird es für abhängig Beschäftigte eine sinnvolle Lebensplanung zu entwickeln. Schuld daran hat der stetig ansteigende Anteil der befristet Beschäftigten. Und das ist politisch so gewollt, denn die befristete Beschäftigung dient zur weiteren Aushöhlung des Kündigungsschutzes.

Waren 1991 noch weniger als 6% aller Beschäftigten nur befristet beschäftigt, so stieg die Zahl 2008 schon auf deutlich über 9% und dürfte die 10%-Marke mittlerweile überschritten haben. Und die weiteren befristeten Einstellungsmöglichkeiten ohne jegliche Begründung sollen ausgebaut werden. Im öffentlichen Dienst und bei den sozialen Dienstleistern sind dann auch bereits rund 2/3 aller Neueinstellungen befristet.

Die DKP fordert, daß befristete Einstellung nur im begründeten Einzelfällen, etwa bei Elternzeit, vorgenommen werden kann. Hire and Fire über Befristung von Arbeitsverhältnissen gehört verboten. K.S.



Kohlekraftwerke mit CO₂-Speicherung – teuer und gefährlich

Die Energiekonzerne haben angeblich einen Weg gefunden, trotz Klimawandel weiter Strom aus der Verbrennung von Kohle gewinnen zu können. Das entstehende CO₂ soll aufgefangen und gespeichert werden (Carbon capter and store, CCS). Hört sich gut an, hat aber viele Tücken. CO₂ läßt sich nicht einfach aus dem Abgas herausfiltern.

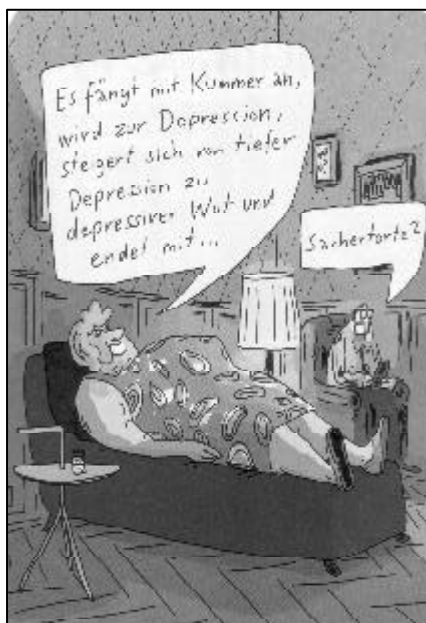
Zum Auffangen gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten. Eine davon ist, dafür zu sorgen, daß bei der Verbrennung bereits fast reines CO₂ entsteht. Das geht zum Beispiel so, daß bei der Verbrennung nicht Luft, sondern reiner Sauerstoff zugeführt wird. Bei der zweiten wird wie bisher mit Luft verbrannt und das CO₂ mit einer chemischen Reaktion in einer Waschlösung gebunden. Aus dieser Lösung muß es mit hohem Energieaufwand wieder ausgetrieben werden. Bei dem entstehenden CO₂ handelt es sich um riesige Mengen. Bei der Verbrennung von 1 Tonne reiner Kohle entstehen etwa 3 Tonnen des Treibhausgases. Bei Verbrennung mit reinem Sauerstoff müssen für jede Tonne Kohle 2 Tonnen Sauerstoff zugeführt werden. Für jede ins Kraftwerk transportierte Tonne Kohle müssen also 3 Tonnen Gas abtransportiert und gespeichert werden. Und wohin mit diesen Mengen? Das Gas soll in tiefe Erdschichten verpresst werden. Dort müßte es praktisch für immer verbleiben. Käme es vorzeitig wieder raus, wäre nicht nur die geplante Verminderung des CO₂ in der Atmosphäre dahin, auch alle Lebewesen in der Umgebung wären in Lebensgefahr. Erfahrungen mit der Lagerung von CO₂ in der Erde gibt es keine,

wohl aber mit natürlichem CO₂ im Erdmantel. In vulkanischen Gebieten, in denen dieses Gas natürlich vorkommt, kann es zu unkontrollierten Ausbrüchen kommen. Wenn so ein Ausbruch in einer Talsenke passiert, werden alle dort befindlichen Lebewesen erstickt. In Afrika ist sowas vor einigen Jahren an einem Talsee passiert, das Leben in einem ganzen Dorf wurde ausgelöscht. In Italien gibt es einige Flußtäler, deren Betreten streng verboten ist weil dort bereits Menschen durch CO₂-Ausbrüche ums Leben gekommen sind. Es ist also kaum damit zu rechnen, daß irgendwo auf der Erde Men-

schen bereit sind, solch Gaslager in ihrer Nähe zu dulden.

Bei dem geplanten Verfahren wird bis zu einem Drittel der erzeugten Energie für das CCS-Verfahren verbraucht. Für die gleiche Strommenge muß bis zu 50% mehr Kohle eingesetzt werden, es entsteht auch entsprechend mehr CO₂. Es sieht alles danach aus, als wären alle entsprechenden Pläne nur ein Ablenkungsmanöver um mit einem uneinlösba-rem Versprechen für die Zukunft weiterhin Kohlekraftwerke genehmigt zu bekommen.

Gernot Linhart



Selbstbefreiung in Buchenwald

Bei den Berichten über die Feierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald war in den Medien wieder fälschlich von der "Befreiung durch die US-Armee" die Rede. Wir veröffentlichen hier einen Leserbrief aus der Giesener Allgemeinen, der dies richtig stellt. "In Ihrem Beitrag zu diesem Thema wird berichtet, dass das Konzentrationslager Buchenwald mit seinen Häftlingen im April 1945 von der anrückenden US-Armee befreit worden ist.

Diese Darstellung stimmt so nicht. Befreit haben sich die Häftlinge unter der Führung der seit Jahren in Buchenwald existierenden internationalen illegalen Lagerleitung selbst, dank hereinge-

schmuggelter Waffen aus den Wilhelm-Gustloff-Werken. Sie stürmten am 11. April die Lagertore, überwältigten die SS-Wachmannschaften und liefen der US-Armee entgegen.

Nicht geklärt ist bis jetzt, warum die US-Armee ihren Vormarsch einige Kilometer vor Buchenwald um etwa sieben Tage verzögert hat und damit die Befreiung des Lagers durch die Häftlinge erst ermöglichte.

Jutta Grabe"

Dokumentiert wird die Selbstbefreiung auch in einem Film über den Buchenwaldhäftling Emil Carlanach, in dem ein US-Soldat, der damals selbst dabei war, dies vor laufender Kamera persönlich bestätigt. (Der Film liegt dem Echo vor)

Veranstaltung der DKP Lahn-Dill und Partei die Linke Lahn-Dill

am Freitag, dem 7. Mai, um 19 Uhr Im Harlekin, Wetzlar
Lesung mit

Georg Fülberth

"Doch wenn sich die Dinge ändern"- DIE LINKE

Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
**Protest gegen
Hartz IV**

Hauptversammlung der DKP 2010

Im April fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der DKP-Kreisorganisation Gießen statt, bei der zu Beginn zwei neue Mitglieder aufgenommen werden konnten. Der Kreisvorstand berichtete über die Aktivitäten der Partei, Veranstaltungen, Infostände, die regelmäßige Herausgabe des monatlich erscheinenden „Gießener Echo“, Bildungsarbeit und über die Mitarbeit von DKP-Mitgliedern im Stadtparlament sowie in Betriebs- und Personalräten. Schwerpunkt der anschließenden Diskussion war die geplante Landesgartenschau 2014. Helmut Appel berichtete von dem Vorschlag einer kompetenten Arbeitsgruppe, den Sportplatz der Spielvereinigung Blau-Weiß in der Wiesseckau zu belassen, der zwischenzeitlich allerdings von der Magistratsmehrheit abgelehnt wurde. Die DKP versicherte, den Kampf von Blau-Weiß um ihren Platz in der Wiesseckau auch

weiterhin zu unterstützen. Die Gartenschau insgesamt wird abgelehnt, da bei den Planungen die Gießener Bevölkerung aus ihrem wichtigsten stadtnahen Erholungsgebiet ausgesperrt werden soll. Außerdem belasten die enormen Kosten der Veranstaltung, weit über 20 Millionen Euro, eine ganze Generation, die mit Gebührenerhöhungen und Kürzung kommunaler Leistungen die Zinsen und Tilgungen der notwendigen Kredite aufbringen muß.

Der bisherige Kreisvorstand, bestehend aus Erika Beltz, Henning Mächerle, Gernot Linhart, Michael Beltz sowie einem Vertreter aus dem Landkreis wurde nahezu einstimmig wiedergewählt. Außerdem wurden Delegierte für die Hessische Bezirksdelegiertenkonferenz sowie für den Parteitag gewählt. Die Versammlung endete mit der Diskussion der in den nächsten Monaten geplanten Vorhaben.

Leserbriefe

Abrüstung?

Der von Barack Obama und Dmitri Medwedew neue hochgelobte Start-Vertrag als „Meilenstein für die weltweiten Abrüstungsbemühungen“ (Westerwelle) zu bewerten, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Moglepackung. Hier nur die gravierendsten Punkte zur Begründung dieser Beurteilung: Die angebliche Abrüstung betrifft lediglich die strategischen Atomwaffen, die ein Viertel aller Atomwaffen ausmachen und vor allem in Zeiten des „Kalten Krieges“ relevant waren. Der Vertrag sieht keine Verschrottung der Sprengköpfe und der Trägersysteme vor, beide werden nur eingemottet und können reaktiviert werden. Zudem verkündete Obama zeitgleich die neue Nuklearstrategie der USA. Dort wird weiterhin an der „Rechts“anmaßung festgehalten als

erster Staat Atomwaffen einzusetzen. Außerdem sollen die existierenden Atomwaffen weiterentwickelt und modernisiert werden können. Uwe Bossart

Zölibat

Der Zölibat ist nirgendwo in der Bibel gefordert. Er wurde erst sehr spät aus erbrechtlichen Gründen vom Vatikan eingeführt. Es ging darum, dass das Vermögen des Bodenpersonals Gottes im Todesfall nicht an etwaig vorhandenen Nachwuchs verfällt. Es sollte in Besitz der Amtskirche gelangen. Das ist der eigentliche Grund. Die gesamte Kirchenführung ist ein Skandal. Reden wir doch von der Pandemie AIDS, die gerade die ärmsten Menschen millionenfach dahinrafft. Eine Ursache ist der geforderte Kondomverzicht. Auch Verhütungsmittel untersagt der Papst. Laut Marx ist "Religion" die "Illusion vom himmlischen Glück auf Erden." Wir brauchen aber das reale irdische Glück.

Falk Moldenhauer

An die DKP Gießen

zum zweiten Mal landete Ihre Zeitung, das „Gießener Echo“, nun in meinem Briefkasten. Ich wüsste jedoch nicht, diese jemals abonniert zu haben. Da Ihr Blatt anscheinend gebührenpflichtig ist, wollte ich wissen, wieso ich bei Ihnen als Abonnent eingetragen bin und wann dies geschehen ist. Ich muss allerdings sagen, dass die Karikaturen in Ihrer Zeitung sehr lustig sind und ich auch dem allgemeinen Inhalt nicht abgeneigt bin. Danke insofern für die März- und Aprilausgabe. Einen schönen Abend wünscht, xyz

Liebe xyz,

das Gießener Echo hat viele Abonnenten (und Spender), ohne die wir die Zeitung nicht drucken lassen könnten.

Wir stellen sie aber sehr viel mehr Lesern und Leserinnen kostenlos zu, weil wir der Meinung sind, daß der herrschenden Einheitsberichterstattung etwas entgegengesetzt werden sollte. Sie können also gerne das Giessener Echo weiter lesen (oder betrachten), ohne etwas bezahlen zu müssen. Mit freundlichen Grüßen
Erika Beltz

Sehr geehrte Frau Beltz,
danke für Ihre freundliche Auskunft. Unter den gegebenen Umständen beziehe ich das Gießener Echo gerne weiter und möchte noch einmal ein Lob für Ihr Blatt aussprechen.

Vielen Dank und Grüße, xy

**Redaktionsschluß für das
Juni-Echo: 27.5.10**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkolllektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>



Karl Marx



Rosa Luxemburg



Che Guevara



Pablo Picasso



Friedrich Engels



Clara Zetkin



Juri Gagarin



Fidel Castro



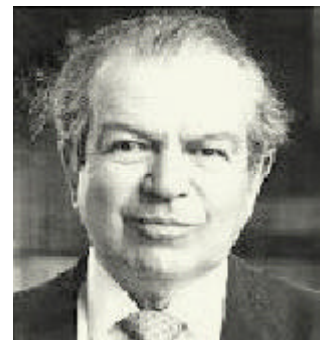
Angela Davis



Ho Chi Minh



W. I. Lenin



Emil Carlebach

Alles Kommunisten! ... und Du? Mach mit in der DKP



Pablo Neruda



Ernst Thälmann



Peter Gingold



Ria Deeg